

# Correspondent

Ercheint

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Dienstag, Donnerstag,  
Sonabend.  
Jährlich 150 Nummern.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

38. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 3. April 1900.

№ 39.

## Zum § 616 des B. G.-B.!

Im VIII. Tarifkreise (Berlin-Brandenburg) wird durch den stellvertretenden Prinzipals-Kreisvertreter Herrn Hugo Bernstein das nachfolgende Zusatzartikel zu § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches verbreitet:

An die tarifstreuen Herren Prinzipale!

Die am 4. März hier abgehaltene Versammlung der tarifstreuen Prinzipale des VIII. Tarifkreises nahm in Bezug auf die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Resolution an, mit welcher festgesetzt war, inwieweit der bezügliche Paragraph in den tarifstreuen Buchdruckereien zur Geltung kommen sollte.

Witterwehle hat am 7. März auch die Gehilfenversammlung gefragt, die im wesentlichen genannte Resolution ebenfalls annahm, jedoch die materielle Seite derselben erhöhte; dies insofern, als gegenseitig beantragt wird, den im Gewehrgeldlohn Stehenden die Zeit der Verhinderung „bis zu 3 Stunden“ — statt wie prinzipalsseitig „bis zu 2 1/2 Stunden“ — zu bemessen. In der zwischen dem Gehilfenvertreter und dem Unterzeichneten über diese Abänderung der Resolution stattgehabten Unterredung glaubte der letztere im Sinne seiner Kollegen zu handeln, wenn er auf diesen Abänderungsantrag der Gehilfen einging und es hat nunmehr die Resolution die folgende Fassung erhalten:

Die tarifstreue Prinzipalität und Gehilfenchaft des VIII. Tarifkreises (Berlin-Brandenburg) trifft in Bezug auf die Anwendung des § 616 des B. G.-B. folgende Vereinbarung:

Die Bestimmung des § 616:

wonach der zur Dienstleistung Verpflichtete, der durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden für eine nicht erhebliche Zeit an der Dienstleistung behindert wird, des Anspruches auf die Vergütung nicht verlustig gehen soll,

kommt in den Buchdruckereien des VIII. Tarifkreises wie folgt zur Anwendung:

- Als zu entschädigende Verhinderung an der Dienstleistung wird nur angesehen die Erfüllung der staatlichen Militärflicht des Arbeitnehmers, soweit sich diese nicht außerhalb der Arbeitszeit ereignen lassen.
- Für solche Verhinderung wird der Arbeitnehmer wie folgt entschädigt:
  - Den im Gewehrgeldlohn Stehenden wird ein Abzug vom Lohne für die Zeit der Verhinderung nicht gemacht; doch darf die letztere auf keinen Fall 3 Stunden überschreiten.
  - Den berechnenden Zehnern wird je nach dem Umfange der Verhinderung eine Vergütung von 50 Pf. pro Stunde gewährt, doch je mehr als 1,50 Mk. Entschädigung für den einzelnen Fall der Verhinderung überhaupt nicht gewährt werden.

Diese Resolution soll den tarifstreuen Prinzipalen und Gehilfen des VIII. Kreises zur Annahme empfohlen werden; gleichzeitig soll diese Resolution in den Arbeitsordnungen Aufnahme finden unter der Bedingung, daß die obige Vereinbarung nur so lange Gültigkeit hat, bis eine anderweitige Regelung durch den Tarif festgefunden.

Die tarifstreuen Herren Prinzipale des VIII. Tarifkreises sind nunmehr gebeten, sich mit ihren Arbeiteraussschüssen über die Aufnahme obiger Resolution in die Arbeitsordnung recht bald ins Einvernehmen zu setzen, womit die Angelegenheit für die tarifstreue Prinzipalität und Gehilfenchaft unsers Kreises eine für beide Teile verbindliche Regelung gefunden hätte.

Wir erfahren hierzu ferner von Gehilfenseite, daß für den 8. April eine Versammlung sämtlicher gewerkschaftlicher Arbeiter einberufen ist, um über die Aufnahme obiger Resolution in die Arbeitsordnungen zu beraten. Die Resolution selbst hat ja auf Annahme auch durch diese Versammlung zu rechnen, nur soll beachtet sein, für die Gültigkeit jenes Abkommens einen bestimmten Termin festzulegen; soweit bekannt, will man die Gültigkeit vorläufig bis 31. Dezember 1901 bemessen. Die Arbeiteraussschüsse werden deshalb gegebenenfalls um

einen Aufschub der beabsichtigten Abänderung der Arbeitsordnung bis nach dem 8. April bei ihren Prinzipalen nachsuchen müssen.

## Aus dem deutschen Gewerkschaftsleben.

(Monat Februar 1900.)

(Schluß.)

Zum 3. Verbandstage der Holzarbeiter sind 122 Anträge eingegangen, die gleichlautend wie der detaillierte Entwurf des Verbandsvorstandes zur Arbeitslosen Unterstützung sind dabei immer als ein Antrag behandelt worden. Unter denselben finden sich solche auf Einführung von Kranken-Unterstützung, von Invalidenrente, über den Ausschluß von Mitgliedern (Verbandsvorstand und Ausschuß) beantragen den Ausschluß, wenn Mitglieder ad a) sich Handlungen gegen das Interesse des Verbandes zu Schulden kommen lassen und ad b) sich beharrlich weigern, den Anordnungen des Verbandsvorstandes oder der Lokalverwaltung, soweit solche durch das Statut begründet sind, Folge zu leisten), die Redaktion und Expedition der Holzarbeiter-Zeitung an den jeweiligen Sitz des Verbandsvorstandes zu verlegen, dieselbe wöchentlich zweimal erscheinen zu lassen, daß Mitglieder nicht zugleich auch anderen Organisationen angehören dürfen und der von Frankfurt a. M. gestellte, die Frage der Tarifgemeinschaft auf die Tagesordnung des Verbandstages zu setzen. Na, so mancher dieser gutgemeinten Vorschläge wird ja das bekannte Schicksal finden und leider vielleicht auch die Arbeitslosen-Unterstützung ebenfalls. Wir haben nämlich die provisorischen Abstimmungen in den Zahlstellen durch drei Nummern der Holzarbeiter-Zeitung verfolgt und dabei gefunden, daß 33 dagegen und nur 10 dafür votierten, eine Urabstimmung wird aber fast allgemein gewünscht. Es wird aber auch etwas geleistet in der Vorbringung von Argumenten gegen diese Frage, so schrieb kürzlich ein Gegner derselben: „Mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung räumen wir ein, daß die Arbeitslosigkeit eine notwendige Folge sein muß und drücken gleichzeitig unsere Zufriedenheit mit dem heutigen Wirtschaftssystem aus.“

Nach unseren Beobachtungen ist damit alles Dagegenere übertroffen und es darf nicht verhehlt werden, daß solche Schlagler auf die breite Masse einwirken.

In nächster Zeit wird der Verbandsvorstand auch die Agitation unter den polnischen Arbeitern der Holzbranche durch Herausgabe eines in dieser Sprache gehaltenen Flugblattes intensiver angreifen.

Ueber den jüngsten Streik der Berliner Holzarbeiter brauchen wir an dieser Stelle nicht mehr zu berichten, da unter Kundschau bereits der günstige Ausgang für die Arbeiter gemeldet wurde. Dem Corpssgeist der Berliner Holzarbeiter war der Sieg beschieden.

Die Brauereiarbeiter haben unter ihren Arbeitgebern einen Mann, der nicht nur in schönen Worten auf der Tribüne des Reichstages macht, sondern entgegen so manchem Zentrumsabgeordneten diesen Worten auch die entsprechende Verwirklichung folgen läßt; solche Leute sind zwar selten, aber gerade deshalb um so wertvollere Erscheinungen. Der Generaldirektor der Schultze-Brauerei Koesike in Berlin hat erst neulich wieder praktische Proben der erwähnten Eigenschaften abgegeben, indem die Arbeitszeit der Wehrzeit des Personals auf effektiv 9 Stunden verkürzt, die Löhne in genannter Brauerei aber gleichzeitig von 30 auf 32 Mk. erhöht wurden; in denjenigen Abteilungen des Betriebes, wo aus technischen Gründen die neunzehnstündige Arbeitszeit noch beibehalten werden mußte, gab es dafür eine Lohnerhöhung von 3 Mk. In einer zu dieser Brauerei gehörigen Malzfabrik kam jedoch 21 Arbeitszeitverkürzung aus recht vielfachen Gründen nicht zur Ausführung. In dieser Hinsicht dominieren die Mitglieder des Brauerbundes, auch der Geschäftsführer gehört dieser Organisation (A. Gurenborg-Bund an. Diese Leute wollten keine Arbeitszeitverkürzung, nur mehr Lohn, was von der Direktion nicht bewilligt wurde, bei welcher Gelegenheit Herr Koesike äußerte, daß es ihm, vom Standpunkte des Arbeiters aus betrachtet, unbegreiflich erscheine, wie Arbeiter eine angebotene Verkürzung der Arbeitszeit von

der Hand weisen können. Diese schallende Ohrfeige stecken die Bündler dann geordnet ein und würfeln nun zu den alten Bedingungen weiter. Die verdamnte Euer-treiberei unter der Arbeiterschaft ist natürlich Wasser auf die Mühlen des Unternehmertums, die ja munter klappern müssen, so lange die Arbeiter solcher Dummheiten noch fähig sind.

Der Verein Deutscher Zigarrenfortierer hat jetzt in 27 Filialen Mitglieder. Diese Organisation zählt nur etwas über 1000 Mitglieder, gewährt Weisheit, Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung und Sterbegeld. Welche Gründe gegen eine Vereinigung mit dem Tabakarbeiterverbande vorhanden sind, ist uns nicht bekannt, vielleicht sind es die mangelnden Unternehmenseinrichtungen des letzteren; aber sollte es auch dagegen sein Mittel geben?

Aus der Fachzeitung für Schneider entnehmen wir einer interessanten Aufstellung, wie einträglich das berüchtigte Zwischenmeisterystem ist; nach genauer Detaillierung und Abzug aber auch aller Unkosten (einschl. Miets) würden dennoch einem solchen Zwischenmeister in Frankfurt a. M. in den fünf ungünstigsten Monaten des Jahres ein Reingewinn von 1955,71 Mk. verbleiben bei Anfertigung von Stapelware, also keineswegs gut bezahlte Arbeit. Die Schädlichkeit dieses Systems kann wirklich nicht besser als durch solche Aufstellungen bewiesen werden.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Schuhmacher hat allein 36 Anträge zu der in Magdeburg stattfindenden Generalversammlung eingereicht; dieselben beziehen sich auf notwendig gewordene Statutenänderungen allgemeiner Art wie auch auf den Ausbau der Kranken- und der Arbeitslosenklasse, welche beide fakultativ sind. Ueber die Arbeitsverhältnisse in der deutschen Schuhindustrie während des verfloffenen Jahres in nächster Heberzahl.

Mit den Gewerkschaftsartikeln hat auch der Zentralvorstand des Verbandes Deutscher Barbier usw. hinsichtlich ihrer Hauptaufgabe, unter den nichtorganisierten agitatorisch zu wirken, recht trübe Erfahrungen gemacht. Auf eine aus nur drei einfachen Fragen bestehende Bitte haben nur 60 Kartelle geantwortet, 307 sind jedoch befragt worden! Da eine solche Lässigkeit schon des öftern gerügt werden mußte, so muß doch einmal gründliche Remedur geschaffen werden; wo unsere Kollegen in Kartellen vertreten sind, mögen sie ganz energisch auf Erfüllung derartiger ganz selbstverständlicher Pflichten dringen.

Es würde zu weit führen, wenn wir auf die von den Bauarbeitern an allen Orten fast alljährlich angestellten Lohnforderungen des näheren eingehen wollten. Bei besonderen Fällen kann von dieser Gewohnheit wohl abgegangen werden; ein solcher liegt von dem Städtchen Braunschweig vor, wo die Zimmerer eine Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 60 Pf. forderten und zugesagt erbieten. Ein solcher Sprung ist uns noch nicht vorgekommen, Braunschweig scheint ja das reine Eden zu sein. Bemerkenswert hierzu noch, daß die Zimmerer mit Gegenorganisationen gar nicht zu rechnen haben.

Die Dachdecker fanden es auf ihrem letzten, in Magdeburg vom 27. bis 30. Dezember 1899 abgehaltenen Verbandstage für notwendig, nochmals zu erklären, daß „der Verband sich einzig und allein mit den gewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeiterbewegung, nicht aber mit politischen oder religiösen Fragen beschäftigt“. Diese ebenso bindende wie nach unsrer in dieser Hinsicht nun ein für allemal feststehende Meinung auch ganz selbstverständliche Explication findet aber bei den Unternehmern dieses Gewerbes keinen Glauben. Dieselben suchen an einigen aus dem „Tabakarbeiter“ zusammengepöbelten Sätzen eine parteipolitische Tendenz des Verbandes der vereinigten Dachdecker zu beweisen und verallgemeinern diese Entdeckung natürlich auch auf die übrigen Gewerkschaften. Die Dachdecker-Zeitung meint jedoch, wenn die in Frage stehenden Sätze auch wirklich in dem Sinne vom Tabakarbeiter gebracht seien, so würden sie allenfalls beweisen, daß den Tabakarbeitern eine solche Haltung genehm ist, „für die anderen Gewerkschaften aber speziell für die Dachdecker, beweisen diese Sätze rein gar nichts“.

Nach dem Beispiele der sächsischen Verwaltung hat die preussische willkommene Veranlassung genommen, ihren ganzen Schneid und die nicht zu bezweifelnde Strenge des Vorgehens gegen den Verband der Eisenbahner

## Korrespondenzen.

abermals zum Ausdruck zu bringen; jedwede, auch die unbedeutendste Sympathiebezeugung für diese Organisation oder deren Organ wird mit sofortiger Entlassung geahndet. Wie man aber derlei weitestgehende Gedanken fahrt und straft, ist jedenfalls noch nicht heraus, denn in der Hannüber letzten Datums findet sich darüber noch nichts angegeben; doch was nicht ist, kann so noch werden. Somit aber werden diese Staatsbetriebe immer mehr zu Kauteremittalen in den benutzten. Neuerdings will die Kgl. Betriebswerkstätte in München trotz der Notwendigkeit nach vermehrten Arbeitskräften keine Leute über 30 Jahre mehr einstellen. Und ein solches Beispiel wird dem Privatunternehmer ohne Scheu vom Staate gegeben! — Der Verband der bayerischen Eisenbahnwerkstätten und Betriebsarbeiter weist jetzt 2150 Mitglieder in 25 Verwaltungsstellen auf, die Hälfte der in Betracht kommenden Angestellten wäre somit organisiert. — Eine Gegenorganisation, also eine Vereinigung zur Bekämpfung des Eisenbahnerverbandes, ist in Dresden im Entstehen begriffen, natürlich sind die Protektoren die eigentlichen Väter solcher Gegenründungen. —

Der Entwurf der neuen Seemannsordnung, welcher am 22. Februar die provisorische Sanction des Bundesrates bereits erhielt, fand seitens der Interessenten, also in diesem Falle von den Seeleuten, eine recht zweifelhafte Aufnahme. Bei eingehender Lektüre der dem Reichstage vom Seemannsverbande eingereichten und ausführlich begründeten Petition zu diesem Gesetzentwurf ist klar zu ersehen, in welchen Halbpunkten sich die Regierung bei derartigen sozialpolitischen Vorlagen bewegt und wenn die Seeleute fordern, daß nicht, wie vor 13 Jahren, sie bei der Neubearbeitung dieser Ordnung unbedingt gehört sein wollen, so haben sie die Sympathien der Allgemeinheit sicher auf ihrer Seite. Vor allen Dingen wird in zitternder Petition die Errichtung einer besonderen Reichsbehörde gefordert, welche den Schiffsbau zu kontrollieren, die Verladungen zu überwachen und Ueberladungen zu verhindern hätte. Verlangt werden ferner Vorschriften über die Bemannung, über die Gesamtanrüstung wie über die Ausrüstung der Rettungsboote und Beschaffenheit der Rettungsgegenstände, über die Fahrgeschwindigkeit bei Nebel, zur Verminderung der Ueberarbeitung, Befestigung der rohen Behandlung und — Austreibung des Alkoholeisens, dem die Vorgesetzten sehr häufig schuldig sind und welchem schon manches Schiffswidrig zuzuschreiben ist. All diese Vorschläge und Wünsche kommen in ihrer Verwirklichung nicht zuletzt dem seefahrenden Publikum zu statten, das an der Sache also bedeutendes Interesse hat. Die rechtliche Stellung der seemannischen Arbeiter betrifft eine Reihe anderer Punkte, wie die Ermittlung des vollen Jahresarbeitsverdienstes, um eine angemessene Entschädigung der Unfälle herbeizuführen, die Umstellung der Seeleute dem Krankenversicherungsgesetze, die Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern usw. Einen bedeutenden Stützpunkt findet diese Petition in einer vor 16 Jahren erschienenen Schrift des Kapitänsleutnants a. D. G. Wilschius, die sich inhaltlich mit den Wünschen der Petition deckt. Wie abänderungsbedürftig dieser Entwurf, erhellt auch aus der Thatjade, daß der Verein Deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine in Hamburg ebenfalls eine Reihe von Abänderungen beantragte, so wurde von demselben die Streichung der Bestimmung, laut welcher der Schiffsjunge der väterlichen Gewalt des Kapitäns unterworfen soll, einstimmig beantragt! — Daß die Einsetzung eines Hafeninspektors in Hamburg seiner Zeit notwendig gewesen, wird durch dessen Bericht für 1899 überzeugend bewiesen. Bei 806 vorgenommene Revisionen wurden nicht weniger als 316 Beanstandungen vorgenommen! Bei Schiffahrt ist Eisenbahn ist eben dieses recht abänderungsbedürftig, die Organisationen dieser Verkehrsanstalten sind der treibende Keil zur Besserung. —

Die deutschen Gastwirtsgehilfen, über deren Kongress mit anschließender Verbandsgeneralversammlung schon berichtet wurde, machen mit ihrer Organisation — dem Verbands Deutscher Gastwirtsgehilfen — nur langsame Fortschritte, denn das Vorjahr konnte nur einen Zuwachs von 70 Mitgliedern aufweisen und betrug der Stand derselben am 31. Dezember 1899 1387 Mann. Die Einnahmen beliefen sich auf 33757,83 Mk., die Ausgaben auf 22995,83 Mk., der Kassenbestand auf 10580 Mk. Vom Arbeitsnachweise wurden 1030 feste und 30973 Ausbittstellen vermittelt. Im Gastwirtsgebetriebe gibt es der Vereinigungen hunderte, für die einzig wahre hat man, wie Figura zeigt, leider aber nicht das so sehr nötige Verständnis. —

Zum Schluß sei noch der Beobachtung Ausdruck gegeben, daß die Lohnbewegungen und die auf Vertikung der Arbeitszeit gerichteten in bisherigen Verläufe des März einen noch weit größeren Umfang angenommen haben; es machen sich bereits Extrastunden nötig, aber auch seitens der Vorstände einmüßige Ermahnungen zur genaueren Beachtung der Streitzeglements. — Für uns Buchdrucker naher die Gestaltung des Arbeitsmarktes ein selten günstiges Gepräge an, allenthalben sind die Druckereien mit Arbeiten überhäuft. Der März war bislang noch besser wie sein schon eingangs der Ueberfüllung rühmlichst genannter Vorgänger; wenn der Leipziger Prinzipals Arbeitsnachweis keinen Bedarf im Hinblick zu deden sucht, will das jedenfalls schon etwas bedeuten. Eine Nebenursache des großen Aufkommens unter den Arbeitslosen bilden aber auch die vielen Erkrankungen an Influenza, die namentlich unter den Berliner Buchdruckern stark häufige.

na. Berlin. Das Hauptinteresse der Generalversammlung der Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin am 11. März bot unstreitig der mit größter Sorgfalt ausgearbeitete Rechenschaftsbericht. Leider war es nicht möglich, denselben allen Mitgliedern bis zur Generalversammlung zuzustellen, weshalb es gefastet sei, an dieser Stelle einige Punkte desselben hervorzuheben, um dadurch die Mitglieder noch zum nachträglichen Studium des Berichtes zu veranlassen. Zunächst ist aus demselben eine Zunahme von 1200 männlichen und ebensoviel weiblichen Mitgliedern ersichtlich (12152 männliche und 3906 weibliche gegen 10968 männliche und 2697 weibliche im Vorjahre). Während die Zunahme der männlichen Mitglieder eine Folge der Vermehrung des Buchdruckerebetriebes in Berlin ist, hat die Zunahme der weiblichen Mitglieder ihren Grund in einer Entscheidung des Oberpräsidenten, nach welcher das gesamte Personal des Berliner Lokalanzeigers (von dem der größte Teil bisher der Kaufmännischen Klasse angehört) bei der Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin versicherungspflichtig ist, wodurch der Kasse am 31. August 1899 allein 900 Stellungsträgerinnen zugeführt wurden. Die Gesamtsumme betrug abzüglich des abgehenden Bankguthabens 484659,94 Mk. gegen 444515,77 Mk. in 1898. Gegenüber dieser Verzehnernahme von rund 40000 Mk. ist jedoch eine um 83806 Mk. erhöhte Gesamtsumme zu verzeichnen. — In treffender Weise weist der Bericht bei Besprechung des Arzthonorars sowie der Ausgaben für Arzneien und Heilmittel auf die Broschüre des Dr. F. Landmann-Barmen hin, welcher klar legt, wie mit Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes die Einnahmen der Apotheken sich erhöht haben, und daß die Krankenkassen, trotzdem sie die größten Kunden der Apotheken sind, doch mehr zahlen müssen, wie jeder Privatmann. Schon dieser Hinweis sollte Mitglieder zum Studium des mit so großem Fleiße ausgearbeiteten Berichtes veranlassen. Erwidern ist auch die große Zahl der Erkrankungsfälle, welche durch Erkrankungen der Luftwege verursacht sind, welche Erkrankungen ebenso wie die Blutarmut häufig als die Anfangsstadien der Tuberkulose gelten. Einschließlich der durch Blutarium Erkrankten haben wir, wie aus der in etwa 60 Krankheiten eingeteilten Tabelle ersichtlich ist, 2753 Erkrankungen, d. h. mehr als zwei Drittel aller Krankheitsfälle gegen 1975 in 1898. Eine größere Belastung ist den Krankenkassen auch durch die Verfüng des Ministeriums der geistlichen usw. Angelegenheiten entstanden, nach der das Charite-Krankenhaus den täglichen Kurkosten von 2 Mk. auf 2,50 Mk. erhöhte, ein Beispiel, dem alle anderen städtischen Heilanstalten gefolgt sind. Welche Bedeutung diese Erhöhung für die Krankenkassen hat, beweisen folgende Zahlen: Im Jahre 1898 wurden von 56 Berliner Ortskrankenkassen an Kurkosten 1164381 Mk. gezahlt. Die vorstehende Erhöhung würde diesen Ausgabeposten um 291095 Mk. vergrößern, welcher Betrag anderen Umerziehungszweigen entweder entzogen oder von den Mitgliedern in Form höherer Beiträge wieder aufgebracht werden muß. Leider hat auch mit dem am 1. Januar in Kraft getretenen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze eine Änderung zum Schaden derjenigen Kranken stattgefunden, welche auf Kosten der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt in den verschiedenen Untergewerbetätigkeiten Aufnahme fanden, indem diese Anstalt jetzt gezwungen ist, das Krankengeld, welches der Versicherte bisher aus der Erstklasse bezog, für sich einzuziehen. Den verheirateten Kranken wird bis jetzt nur die Hälfte des Krankengeldes gewährt, während den Unverheirateten gar keine Beihilfe zu teil wurde. Auch diese Bestimmung trägt, wie der Bericht mit Recht bemerkt, nicht zur Bekämpfung der Schwindsucht bei. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß das Krankengeld der Hilfsklassen, in denen der Kranke außerdem noch versichert ist, von dieser Bestimmung ausgeschlossen ist. Aber auch eine für viele Krankenkassen noch beachtenswerte Änderung ist mit diesem neuen Invaliditätsgesetze eingetreten. Während das bisher gültige Gesetz in § 10 bestimmte, daß Invaliditätsrente auch der nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte, welcher während eines Jahres ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit erhält, bestimmt § 16 des jetzt in Kraft getretenen Gesetzes, daß diese Rente schon gezahlt wird, wenn der Versicherte 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig war. Hierdurch ist vielfach die Frage erworfen, ob es fernerhin noch praktisch sei, die Krankenunterstützung in den Kassen über 26 Wochen auszubehalten. Von den 7241 Mitgliedern, deren Krankheit in 1899 ihren Abschluß fand, wurden 6809 innerhalb des ersten Vierteljahres, 317 innerhalb des ersten Halbjahres, 88 innerhalb von Dreivierteljahre gesund und 47 waren über 39 Wochen krank. Für die obige Frage interessieren die beiden letzten Zahlen: 115, welche etwa 10000 Mk. bezogen, ungefähr so viel, als durch Erhöhung der Kurkostenlage in Zukunft mehr gezahlt werden muß. An Krankengeld wurden im verwichenen Jahre 264685,65 Mark gezahlt (60000 Mk. mehr als in 1898). Erkrankungskosten wurden ebenfalls mehr als im Vorjahre: insgesamt 7160 Neumelungen (1898: 5705), also 1455, d. h. 25 Proz. mehr. Die Unterstützungen an Familienangehörige betragen 3462,23 Mk. gegen 3395,38 Mk., während abermals die Kurkosten etwa 4000 Mk. höher waren. Wächterinnen-Unterstützung bezogen 196 Mit-

glieder, unter denen ein Mitglied das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet hatte. An Begräbnisgeld wurden 15842 Mk. gezahlt (gegen 15502,30 Mk. in 1898). Die übrigen Ausgabeposten können hier übergegangen werden und mögen sich die Mitglieder darüber im Rechenschaftsberichte informieren. Die Verammlung erteilte dem Vorstand für die vorzüglich geführte Geschäftsführung Decharge und teilte der Vorstände nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten auf Anfrage eines Mitgliedes mit, daß nach Rücksprache mit den Ärzten die Ausgabezeit der Kranken für die Zeit vom 15. Mai bis 15. Oktober bis auf 10 Stunden und für die übrige Zeit auf 6 Stunden herabgesetzt ist. Zu den Vorstand gewählt wurde von den Arbeitgebervertretern Herr Buchdruckereibesitzer Mitsching. — Anknüpfend an den obigen Bericht möge hier noch eine Notiz des Vorwärts vom 18. März ihren Platz finden, welche beweist, wie notwendig die Krankentafelnmitglieder es haben, sich mehr wie je um ihre Kasse zu kümmern, wenn sie nicht wollen, daß ihnen die so schon beschränkte Selbstverwaltung gänzlich genommen wird. Diese Notiz lautet: „Ein Schlag gegen die Krankentafeln wird geplant. Was wir nach den getrennten besprochenen Auslassungen der Berliner Politischen Nachrichten über die Verwaltung der Ortskrankenkassen erst für einen Wunsch der Schatzmacher hielten, scheint in der That schon in der Ausführung begriffen zu sein. In ihrer gestrigen Morgenausgabe schreibt die Post in einem Artikel, in dem sie sich gegen die Beschlässe der Gewerbeordnungs-Kommission wendet: „Wir haben nicht die Beforgnis, daß sich die Regierung durch die in Rede stehenden Resolutionen zu unbedachten Schritten fortsetzen lassen könnte, in einer Zeit, wo sie durch eine Novelle zum Krankentafelgesetz die sozialdemokratischen Machtstellung einen Schlag zu versetzen beabsichtigt, wird sie nicht auf der andern Seite diese Machtstellung zu fördern geneigt sein.“ Die Berl. Pol. Nachr. wollten noch nicht wissen, was geplant sei, die Post weiß bereits, daß ein „Schlag“ geplant ist. Es ist also so, wie wir voraussetzten: nicht um die Herabsetzung der Verwaltungskosten wird es sich handeln, sondern um die Selbstverwaltung der Kassen. Die versicherten Arbeiter werden sich zeitigen auf planmäßigen Widerstand einrichten haben.“

**Breslau.** Die „Klarstellung“ des Herrn Edmund Kocorowski in Nr. 33 des Corr., betreffend die Angelegenheit in der Druckerei Sch. weisen wir als unwarhaft zurück, verzichten aber, hier weiter darauf einzugehen, da diese Angelegenheit, welche von unserm Ortsvorstande und Bauvorsitzenden unterstützt wurde, in der nächsten Vereinsversammlung zur Sprache kommen wird. Die Kommission: Matzke, Schliebs, Kuhnert, Mastus.

**Von der Donau** wird uns geschrieben: „Sidern Benehmen nach feiert in der kommenden Pfingstwoche das besonders durch seine rührige Verlagshandlung, Buchhandlung V. Auer, nahezu in der ganzen Welt bekannt gewordene Cassianum in Donauwörth das fünf und zwanzigjährige Jubiläum seines Bestehens, wozu beabsichtigt ist, sämtliche ehemalige Mitglieder und Angestellte einzuladen. Der zu diesem Zwecke, unter Vorsitz des Herrn Geschäftsvorstandes Ludwig Kappl gebildete Festauschuß würde es dankbarst begrüßen, wenn die ehemaligen Cassianenumsmitglieder ihre derzeitige Adresse ihm bekannt geben würden.“

**Gera.** Der Bezirk Gera hielt am 18. März in Pöbner im Hotel Unter seine Frühjahrsversammlung ab. Besucht war sie von nur 35 Mitgliedern, was wohl mit zum Teile auf das ausgesucht schlechte Wetter zurückzuführen war. Erschienen waren von Gera 100 Mitglieder 16 (einschließlich des Vorstandes), Pöbner war vollständig mit 15 Mitgliedern vertreten, Weida mit 2, Auma und Reulstadt a. D. mit je 1; außerdem wohnte noch 1 Mitglied von Jena und 1 Nichtmitglied von Pöbner den Verhandlungen bei. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Bezirksvorsitzenden W. Dreini und Begrüßung seitens des Ortsvorsitzenden A. Tischenberg wurde ein Kollege von Auma und einer von Pöbner in den Verband aufgenommen, während das Wiederannahmegesuch des Exzers Fleisch in Schley abgelehnt wurde. Aus dem hierauf vom Vorsitzenden erstellten Jahresberichte entnehmen wir, daß der Bezirk Ende des Jahres 1899 in 13 Orten 142 Mitglieder zählte, welche sich wie folgt verteilten: Gera 96, Auma 3, Eisenberg 5, Klosterlausnitz 1, Jüchberg (Saale) 1, Köstritz 2, Reulstadt a. D. 1, Pöbner 13, Ronneburg 3, Schley 2, Weida 6, Zeulenroba 2. Sollte tarifliche Verhältnisse herrschen außer am Vororte nur in Eisenberg, Ronneburg und Auma, im letzteren Orte bis auf die Lehrlingszahl. Schriftlich anerkannt haben den Tarif in Gera alle Druckereien bis auf die Firmen Gerth & Oppenrieder und W. Müller; schriftlich anerkannt haben ferner in Auma H. Jügel (unter Zubilligung der Ausnahmen in den §§ 31 und 33 des Tarifes), in Berga (Eiser) F. A. Adler, in Eisenberg F. Kaltenbach, in Klosterlausnitz Seiferts Witwe, in Köstritz G. Seifert, in Lobenstein G. Teich, in Ronneburg Barthol & Weise, in Triptis Schmidt, in Triebes Angland, in Weida Aderhold und in Zeulenroba Sporn. Gehmshilfen haben wir im Bezirke eine Limonade bei Fritsch & Habenicht in Gera. Von der seit zwei Jahren in Angriff genommenen Buchdruckerinnung für Sachsen-Altenburg und Reuß J. L. war im Jahre 1899 nichts zu hören. Der Ostthüringen-Bund hat in Pöbner 5, in Gera 2 und in Auma 3 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder der Gewerbetariffkassen stieg im Bezirke von 50 auf 56. Hierauf erstattete

der Bezirksstämmer E. Schubert den Kassenerbericht. Die nun folgende Berichterstattung über die einzelnen Orte ergab im großen und ganzen dasselbe Bild wie es der Vorsitzende in seinem Jahresberichte gegeben. Fremden erregte es, daß die Firma Jöhann & Habenicht in Gera den Sezmachinentarif nicht anerkennen will, trotzdem sie den allgemeinen Tarif anerkannt hat und auch ihren beiden Maschineniegnern die achttündiger Arbeitszeit 60 und 30 Mt. Lohn gewährt. Pölned, wo noch vor Jahresfrist nur 3 Mitglieder beschäftigt waren, ist durch deren rege Agitation auf 15 Mitglieder gestiegen, so daß ein Ortsverein gebildet werden konnte, dessen Versammlungen fleißig besucht wurden. Der Tarif ist noch nicht völlig durchgeführt, doch ist die volle Tarifführung in Nähe zu erwarten. In Neustadt steht 1 Mitglied 6 Nichtmitgliedern gegenüber; der Tarif ist dort unbekannt. Der Vertrauensmann von Weida berichtete über gute Verhältnisse; nur über das follegale Verhalten der dortigen Geblissen beklagte er sich. — Zum nächsten Versammlungsorte wurde Zeulenroda gewählt. Unter Sonntagem forderte der Vorsitzende zur reger Beteiligung an der Gutenberg-Feier in Weimar auf, ebenso zur Abnahme der Jubiläumstorten des Kollegen Wapunkt. Weiter wurde angeregt, bei den nächsten Tarifberatungen dahin zu wirken, daß eine Firma, die tariflos sein will, auch den Tarif schriftlich anerkennen soll. Nachdem noch der Vorsitzende vornehmlich wegen der jüngeren Mitglieder eine Ueberzicht der Leistungen des Verbandes gegeben, wurde um 1 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Telegrammische Begrüßungen sandten der Kollege Grimm in Begehd und die Mitgliedschaft Eisenberg; beiden sei hierfür gedankt. — Nach der Versammlung gab Kollege Bohner-Gera eine Darstellung seines neuen Verfahrens, vermittelst dessen es möglich ist, Stereotypgüsse direkt von der Zeichnung resp. vom dem Manuskripte zu machen.

**Schw. Bezirk Liegnitz.** Die diesjährige Bezirksversammlung wurde am 18. März in Bunzlau im Saale des Odeon abgehalten. Die Bunzlauer Mitgliedschaft bewirtete zunächst in ihrem Vereinslokal die auswärtigen Kollegen mit einem solennen Frühstück und führte sodann ihre Gäste in das L. Fernbachsche Geschäft, dessen Inhaber die Lebenswürdigkeit hatte, den dort stehenden „eiserne Kollegen“ (Linosprei) in seiner Konstruktion zu erklären und im Betriebe vorzuführen zu lassen, wofür Herrn Fernbach hier nochmals gedankt sei. Gegen 12 Uhr eröffnete der Bezirksvorsitzende Bohler-Liegnitz die Versammlung. Nach Konstituierung des Bureau's kam die Präsenzliste zur Verlesung, die ergab, daß aus Liegnitz 35, Bunzlau 28, Haynau 15 und Goldberg 1 Mitglied erschienen waren. Außerdem war Gauswitzer Schlag-Priesel, ein Nichtmitglied aus Haynau sowie der Verein der Bunzlauer Lithographen und Steinrunder erschienen, welche der Vorsitzende sämtlich herzlich begrüßte. Hierauf erstattete der Bezirksstämmer Verda-Liegnitz den Kassenerbericht. Einen besonders hohen Prozentjah der Ausgaben nahm im verflossenen Jahre die Kranken-Unterstützung in Anspruch, nämlich 2119,60 Mt. an 36 Mitglieder für 1514 Tage. Als besonders erhellend weist der Bericht einen Zuwachs von 31 Mitgliedern gegen den Schluß des Jahres 1898 nach. Damals betrug die Mitgliederzahl am Jahresschlusse 98, während Ende 1899 dem Bezirke 129 Mitglieder angehörten. Hierauf erstattete der Vorsitzende einen Bericht über die Tarifbewegung im Bezirke während des verflossenen Jahres, der ebenfalls ein gutes Fortschreiten auf der Basis friedlicher Verhandlungen konstatieren konnte. Eine Firma in Goldberg mußte aus dem Tarifverzeichnis gestrichen werden, während gegen ein Geschäft die Verhandlungen noch schweben. Bei dieser Gelegenheit wurde ein bei Sudanel in Haynau ausgebrochener Konflikt des näheren beleuchtet und das Verhalten der betreffenden Kollegen als gerechtfertigt anerkannt. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Errichtung eines Arbeitsnachweises für unsern Bezirk, der dem Tarif-Amt bedingungslos unterstellt werden soll. Verschiedene Vorkommnisse hatten den Vorstand zur Stellung dieses Antrages veranlaßt. Da sich die Versammlung über die Einzelheiten nicht einigen konnte, so wurde auf Antrag des Kollegen Schubert-Bunzlau der Errichtung eines Bezirks-Arbeitsnachweises im Prinzip zugestimmt und der Bezirksvorstand in Verbindung mit den Vorständen der Mitgliedschaften Bunzlau und Haynau angewiesen, die Verhandlungen mit den Prinzipalpal einzuleiten, definitive Beschlüsse in dieser Angelegenheit zu fassen und die Sache möglichst zu fördern. Ein weiterer Antrag des Vorstandes betraf die Abhaltung eines Bezirks-Johannisfestes in Verbindung mit der 500jährigen Gutenbergfeier. Die Mitgliedschaft Haynau hatte dazu angeregt, diese Feier event. am Bezirksortorte abzuhalten. Beide Anträge fanden aber bei den Bunzlauer Kollegen keine Gegenliebe, sondern namens derselben gab Kollege Schubert die lautmündliche Erklärung ab, daß dieselben beschlossen hätten, ihr Johannisfest allein zu feiern und so war denn der Antrag des Vorstandes sowie der Zusatzantrag des Ortsvereins Haynau gegenstandslos geworden. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde mit großer Mehrheit Haynau gewählt. Hierauf wurde in die Mittagspause eingetreten. Um 3 Uhr wurde bei dem Punkte Sonstiges in den Verhandlungen fortgefahren. Hierbei brachte Kollege Schubert Bunzlau das unkorrekte Benehmen eines Mitgliedes zur Sprache, das in Bunzlau in Kondition getreten war, es sich aber nicht versagen konnte, Kon-

togs stets blau zu machen und andere Thorheiten zu begehen. Redner kritisierte derartige Vorkommnisse scharf, die stets nur zum Schaden der Organisation und der anderen Kollegen ausfallen müßten. Ein weiterer Fall, womit sich die Versammlung zu befassen hatte, betraf ein gegenwärtig in Schweidnitz fonditionierendes Mitglied, das vorigen Herbst erst vom Gutenbergs-Bunde in den Verband übergetreten war. Bei Beendigung der Kondition in Liegnitz ging der betreffende Kollege nach Haynau und trat bei der Firma Sudanel, wo gerade der Konflikt ausgebrochen war, in Kondition. Vom Kollegen Wiemer, dem Vorsitzenden des Ortsvereins Haynau, auf die statutarischen Folgen seines Thuns aufmerksam gemacht, verließ der Herr zwar unter Entnahme eines Vorwurfs von seinem Prinzipale wieder die Kunst, vergaß aber den Vorwurf zurückzugeben. Als er deshalb verlagert wurde, verdächtigte er bei seiner Vernehmung zunächst den Bezirksvorsitzenden eines Vorgehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung und, als dies erfolglos blieb, den Ortsvorsitzenden Wiemer in Haynau; diesmal mit besserem Erfolge, denn, wie diesem eröffnet wurde, hat er eine Anklage auf Grund des § 153 zu erwarten. In richtiger Würdigung des „wertes“ solcher Denunziantenstücken sprach sich die Versammlung einstimmig für den Ausschluß aus (Dahl bekommt seinen „Getreuen“ wieder! D. Schrift.). Das anwendende Nichtmitglied aus Haynau hatte sich inzwischen zum Verbandsmitglied gemeldet und wurde auch aufgenommen, jedoch mit der Mahngabe, daß es seine Kondition bei Sudanel innerhalb sechs Wochen zu verlassen habe. Hierauf richtete Herr Gauswitzer Schlag einen warmen Appell an die Kollegen, namentlich die jüngeren, sich immer mehr an den geschäftlichen Angelegenheiten zu beteiligen, denn in der Jugend liege die Zukunft unrer Organisation; wer sich aber in der Jugend indifferenter verhalte, bleibe es im Alter erst recht. Redner forderte zu diesem Zusammenhalten auf, dann könnten wir auch ruhig in die Zukunft blicken. Der Bezirksvorsitzende schloß sodann gegen 5 Uhr die Versammlung. Einige gemächliche Stunden verlebte man dann noch, bis leider allzu früh die Zeit zur Heimkehr nahte.

**Wainz.** Um den deutschen Kollegen die Stellung klar zu machen, die der Unterzeichnte zu dem hier gelegentlich der Gutenbergfeier geplanten Festzuge eingenommen hat, übrigens eine Stellung, die in weiten Kreisen unrer Stadt geteilt wird, wäre doch notwendig gewesen, daß man in dem Berichte in Nr. 36 sowohl die ganze Resolution veröffentlicht hätte, als auch in dem Artikel gesagt, daß die Ausführungen sich nicht auf die Buchdruckergehilfen im besondern, sondern auf die gesamte Arbeiterschaft bezogen. Ich wollte mit meiner Resolution jene offenen Thüren erinnern, wie es jetzt nach Annahme der Amendements Born-Jordan gechehen ist, sondern gerade im Interesse der Gesamtarbeiterschaft eine klipp und klare Stellungnahme gegen einen ausgeprägten Feiertag und den Festzug seitens der Buchdruckergehilfen herbeiführen. Meine Resolution besagte: Wenn man dem Programme glaube noch etwas hinzuzufügen zu sollen, so möge man in der Stadthalle, Neuen Anlage usw. Volksfeste veranstalten, womit das Zeit am Sonntag istlichen solle. Die Geblissenhaft sei gegen einen Feiertag; wenn derselbe aber trotzdem wider Erwarten zu stande kommen solle, so sei dieselbe bereit, mitzumirken, wenn ihr persönlich keine Gebelosten daraus erwüchsen. Der ganze Festzugrummel ist nach meiner festen Ueberzeugung von einer Anzahl Interessenten künstlich gemacht, die oberen Jehntausend wollen sich wieder einmal ein paar vergnügliche Tage machen, die Arbeiterschaft aber verliert nicht allein den zum Leben nur zu nötigen färglichen Lohn, sondern sie wird auch durch den Festzugrummel zu weiteren Ausgaben verleiht, wofür der Kassenjammer später eintritt. Ich bin gewiß der letzte, der einem Arbeiter nicht eine angenehme Abwechslung gönnte, der unsern Mitmeister nicht nach allen Richtungen gebrt sehen möchte, allein ich halte doch dafür, daß alles seine Grenzen haben muß und diese Geenze ist für mich mit der Schaffung des Gutenbergmuseums, der historischen und graphischen Ausstellung, der akademischen Feier in unrer schönen Stadthalle, der jedenfalls großartig verlaufenden Audigung am Denkmale, der Bewirtung der Ehrengäste durch die Stadt Wainz usw. gegeben. Man sieht ja bereits jetzt, daß man kein Ende finden kann. So soll am Montagabend noch ein Kostümfest in der Stadthalle folgen, es soll noch ein Volksfest abgehalten werden und die Götter wissen, was noch alles kommen kann. Ich befinde mich mit meiner Opposition gegen den Festzug in sehr guter Gesellschaft, siehe eine klare Stellungnahme von jeder und lasse ich mich nicht überzeugen, daß der volkswirtschaftliche Schaden derjenigen, die ihn am wenigsten tragen können, größer ist als der volkswirtschaftliche Nutzen solcher Veranstaltungen. Freuen sollte es mich, wenn wir gelegentlich des Festes recht viele deutsche Kollegen in unrer schönen Wagnatia befinnen sehen, sie werden mit uns in unrer herrlichen „Anlage“ vergnügliche Stunden verleben und reichlich für alle Wühen der Reise entschädigt werden. P. Tiefel.

## Rudischan.

Die Segerschule der Monoline Sezmachine. Die Maschinenfabrik Gustav Fischer & Co., Berlin SW, Friedrichstraße 16, welche bekanntlich die jüngste der aus Amerika zu uns gekommenen Sezmachinen, die

Monoline, baut und die Patente für Deutschland, Rußland, Skandinavien, Dänemark, Italien und die Schweiz besitzt, teilt uns mit, daß sie nunmehr auch eine Segerschule für ihre Maschine eingerichtet hat. Derselbe befindet sich in einem größeren, luftigen und hellen Raume der Fabrik, in welchem eine größere Anzahl Monoline-Maschinen aufgestellt ist. Jede derselben ist mit einem kleinen Elektromotor von einem Sechstel Pferdestaft versehen. Bei der Einrichtung der Segerschule ist ferner nach allen Richtungen hin den hygienischen Anforderungen Rechnung getragen: das Heizgas wird in Kanälen zu geleitet, welche in dem Fußboden liegen und durch die selben Kanäle werden die Metallgase mittels eines starken Exhaustors abgeaugt. Die Temperatur und die Reinheit der Luft in der Segerschule sollen infolgedessen nichts zu wünschen übrig lassen. Für die Segerschule können sich jederzeit intelligente Segler melden und sei besonders darauf hingewiesen, daß die Maschinenfabrik Gustav Fischer & Co. diese Lehrlehre unter den Bedingungen einstellt, welche der Sezmachinentarif vorschreibt; sie erhalten das ortsübliche Minimum für Berlin 26,25 Mt. wöchentlich, und die Dauer der Lehrzeit ist drei Monate.

Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat seitens verschiedener Gerichte, wie die Sozialkorrespondenz mitteilt, bereits seine „Auslegung“ gefunden. Arbeiter, die vor diesen Gerichten als Zeugen vernommen wurden, erhielten keine Entschädigung für Zeiterverlusten, weil ja der § 616 bestimme, daß der Lohn weiter bezahlt werden müsse, wenn der Arbeiter ohne sein Verschulden „eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ von der Arbeit fern bleiben müsse. Diese Auffassung der betreffenden Gerichte ist eine irrtige, denn wie z. B. bei den Abmachungen im Berliner Buchdruckergewerbe, wird nur der Minimallohn dem betreffenden Arbeiter fortbezahlt, aber nicht der tatsächliche Verlust bei höherm Verdienste oder bei der Affordarbeit.

Die Fränkische Tagespost geht aus dem Besitze des Reichstagsabgeordneten Dertel in den Besitz der Partei über.

Das preussische Ministerium in einem Artikel, der die Maßregelung der preussischen Landräte behandelte, beleidigt zu haben, wurde i. B. dem Redakteur Haupt der Magdeb. Volksstimme zur Last gelegt und mit 200 Mt. Geldstrafe geahndet. Die vom Verurteilten hiergegen eingelegte Revision wurde jetzt vom Reichsgerichte verworfen.

Nach ungarischen Blättern wollen die ostelbischen Junker ungarische Feldarbeiter nach Deutschland laden. Preussische Landwirtschaftskammern lassen angeblich unter den südingarischen Feldarbeitern Flugdristen in großen Massen verteilen, welche dieselben zur Auswanderung in die geeigneten Gegende Ostiens bewegen sollen. Mehrere hundert Bauernfamilien sollen die Absicht haben, auszuwandern.

„Vor Konditionsannahme wird gewarnt!“ Diese Schlußmaßregel setzten auch die Ärzte bei der Wahrung ihrer Interessen anzuwenden. Ein Dresdener Arzt erläßt in der Berliner klinischen Wochenschrift eine Warnung, wonach Ärzte, die sich um eine der ausgeführten Kassenarztsstellen bei der Betriebskrankenkasse der sächsischen Staatseisenbahn zu bewerben geonnen sind, im Interesse des gesamten Arztesandes wie in ihrem eignen Interesse sich erst über die diesigen Verhältnisse genau unterrichten sollen. Also: Zugang fernhalten!

Frau Riez in Hamburg sprach kürzlich im dortigen Vereine „Frauenwohl“ (einem bürgerlichen Vereine) über Gewerkschaftsvereine und Arbeiterinnenorganisation. Das Organ jenes Vereins schreibt nun über diesen Vortrag: „Die Rednerin hob hervor, und das wissen wir Hamburgerinnen ihr besonders Dank, daß es wohl Gebiete gibt, auf denen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauen zusammen arbeiten können, nämlich da, wo sie sich als Menschen und nicht als Partei gegenüber stehen. Der Verein Frauenwohl wird sich jetzt mit der Arbeiterinnenfrage beschäftigen und seine ganze Kraft einsetzen, den Arbeiterinnen zu ihrem Rechte zu verhelfen.“ — Diese Auffassung ist sehr lobenswert. Ihre Realisierung wäre aber z. B. in Leipzig nicht möglich, weil da die Sympathie bürgerlicher Kreise für die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse als „Köder“ bewertet wird. Diese Auffassung teilt ja auch Herr Paul John, der Redakteur des Vorwärts, dem wir obige Notiz entnehmen.

Die Unternehmer im Leipziger Baugewerbe rüsten sich gegen die Arbeiter. In einem Rundschreiben wird folgende „Entscheidung“ einer außerordentlichen Innungsversammlung bekannt gegeben: „In Ansehung der wachsenden Gefahren, die dem Bauarbeitertum von seiten der unter dem Einflusse der Sozialdemokratie stehenden, geeinigten Arbeiterschaft drohen, ist der Zusammenschluß aller auf Grund der bestehenden Gesetze selbständig arbeitenden Bauarbeitgeber dringend geboten, und deshalb ist es wünschenswert, daß der z. B. in Leipzig noch bestehende Verband der Bauarbeitgeber nicht dem Veralle anheim gegeben, sondern daß er durch Beitritt sämtlicher Innungsmitglieder gekräftigt werde. Die geehrten Mitglieder werden dringend ersucht, sich diesem fast einstimmig gefassten Beschlusse anzuschließen, um so mehr, als Kosten dadurch nicht erwachsen, sondern, ebenfalls laut Beschluß, von der Innungsnebenkasse übernommen werden.“

Aus Apenrade wurde der Schriftfeger Hansen ausgeschrieben. Aus Hadersleben der Tischler Hans Nielsen. Das nennt man Germanisierung!

Die Arbeitgeber der streikenden Herten Schneider (Kleidermacher) in Berlin beschließen die Gründung eines Arbeitgeberverbandes. Dieser soll in erster Linie den Zweck verfolgen, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu schlichten.

Infolge friedlicher Verhandlung mit den Meistern lehren in zahlreichen Betrieben die Berliner Holzarbeiter zur Arbeit zurück. Wo keine Einigkeit erzielt wird, sollen von einer aus Meistern und Schülern bestehenden Kommission die Differenzen durch Schiedsspruch entschieden werden.

Der Streik der Tapezierer in Berlin ist auf gutlichem Wege beigelegt worden.

In Berlin sind die Teppich- und Linoleumleger zwecks Durchführung des aufgestellten Lohnartikels in den Ausstand getreten. Die Meister, welche für die großen Linoleumfirmen arbeiten, haben sich mit den Gehilfen solidarisch erklärt. Die Anerkennung des Artikels wurde von den bedeutendsten Firmen abgelehnt und an dessen Stelle ein anderer, mit erheblich niedrigeren Preisen in Vorschlag gebracht. Die Ausständigen beschließen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis der von der Kommission aufgestellte Tarif bewilligt wird. Es wird erwartet, daß der Streik in kurzer Zeit zu gunsten der Ausständigen beendet sein wird, weil die Arbeit sehr drängt und Zugang von auswärtig nicht zu befürchten ist.

20 Wötter der Lauberschen Fabrik in Dresden-Friedrich wurden entlassen, weil sie sich weigerten, elf Stunden täglich zu arbeiten.

Der Streik der Gummimischer in Zeulenroda (Neuß)

ist nach fünfwöchiger Dauer beendet. Erreicht wurde eine fünf bis siebenprozentige Lohnsteigerung.

Der Dresdener Schneiderstreik steht für die Gehilfen günstig. 121 Gehilfen mit 500 Gehilfen haben die Forderungen bereits bewilligt.

In Straßburg i. E. streifen 250 Schneidergehilfen.

Die dortige mechanische Kunstschnitzerei von Bosh hat sämtliche gelernten Schreiner angepörrt, weil sie sich weigerten, eine einseitig aufgestellte Geschäftsordnung zu unterschreiben, welche die Festlegung der Arbeitszeit in das Belieben der Firma stellte.

Der Schuhmacherausstand in Tübingen dauert fort. Das Publikum sympathisiert mit den Streikenden.

Auf dem Schachte „Frischglück“ bei Rajchau (Ergengebirge) entzündete sich Dynamit. Durch die Explosion wurden 5 Mann schwer und 7 leichter verletzt. An dem Aufkommen der Schwerverletzten wird hart gearbeitet. Sämtliche Verunglückte sind Familienväter.

Der österreichische Bergarbeiterausstand ist nunmehr definitiv abgeschlossen. Maßregelungen der Streikführer werden in weitestem Maße angewandt. Bis jetzt sind im Mährisch-Schwarzer Reviere 117, darunter 85 Familienväter, auf die schwarze Liste gesetzt.

In Brüssel gedenken die Zeitungsetzer in den Ausstand zu treten.

Der französische Senat hat das von der Deputiertenkammer beschlossene Gesetz, betreffend die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, angenommen. Gelegentlich der Debatte über dieses Gesetz bemerkte der Handelsminister Millerand, daß er versuchen werde, eine internationale Uebereinkunft herbeizuführen durch eine internationale

Arbeiterkongress Konferenz, ähnlich der 1890 in Berlin abgehaltenen. Das Gesetz bestimmt, daß die Maximalarbeitszeit für Frauen und Kinder elf Stunden, in zwei Jahren zehn Stunden, in vier Jahren zehn Stunden zu betragen hat. In gleicher Weise ist aber auch die Arbeitszeit derjenigen männlichen Arbeiter geregelt, welche mit Frauen und Kindern zusammen arbeiten.

### Gestorben.

In Hirschberg i. Schl. am 30. März der Setzer Adolf Erbrich aus Petersdorf i. Schl., 22 Jahre alt — Lungenleiden.

In Königsberg i. Pr. am 26. März der Setzer Franz Laurenat, 26 Jahre alt.

In Leipzig am 28. März der Setzer Gust. Adolf Naumann, 50 Jahre alt.

In München am 29. März der Setzer Gustav Schreyer aus Salzburg, 32 Jahre alt — Lungenkrankheit.

### Briefkasten.

E. S. in Striegau: Sie haben vergessen anzugeben, in welcher Fabrik die Arbeit niedergelegt wurde, ob Textil-, Eisen-, Porzellan- oder Zuderwarenfabrik? — G. in Königsberg 275 Nr. — G. in Dortmund: 2,10 Nr. — G. in Hirschberg i. Schl.: 3,25 Nr. — H. in Osnabrück: Diese Angelegenheit regeln Sie am besten im Einvernehmen mit dem Gehilfenvertreter Klapproth. — G. in Kassel: Sind informiert. Danken bestens. Gruß! — Bonn: Gewünschte Erklärung werden wir nicht abgeben. Siehe nächste Nummer.

Ein mit der Bedienung einer achtfertigen und einer variablen Frankenthaler Notationsmaschine durchaus vertrauter

## ➔ Maschinenmeister ➔

der gute Zeugnisse aufweisen kann, findet lohnende und dauernde Stellung. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an die

Hofbuchdruckerei von G. Dünhaupt, Dejjau. [723

## Tüchtige Vertreter

für ein Annoncen-Unternehmen (Fachzeitung) werden in allen Städten sofort gesucht.

### Lohnender Nebenverdienst!

Paul Kugler, Berlin SW 16, Reudenstr. 5. [722

## Lager-Verwalter

für eine größere Schriftgießerei Berlins gesucht. Nur Respektanten, die mit der Branche vertraut sind und bereits längere Zeit solchen Posten inne hatten, wollen sich mit Gehaltsansprüchen melden sub Chiffre 719 an die Geschäftsstelle d. Bl.

## Geübte Kompletzgießer

für Kupfermannsche Maschinen finden sofort Beschäftigung in

B. Cronaus Schriftgießerei, Schöneberg-Berlin. [698

## Ein tüchtiger Fertigmacher und Höhehobler

zu sofortigem Eintritte bei gutem Verdienste gesucht.

Schriftgießerei G. J. Genssch, G. m. b. H. München. [674

### Jüngerer

## Galvanoplastiker

der im Prägen gut bewandert und mit den sonstigen Arbeiten gut vertraut ist, sofort gesucht von der

Schriftgießerei G. J. Genssch, G. m. b. H. München. [713

## Schriftschneiderin

an der Maschine exakt arbeitend, verlangt sofort

Ferd. Rheinhardt, Schriftgießerei, Berlin SW, Schöneberger Straße 4. [700

## Junger, tüchtiger Schriftsetzer

in ungehindigster Stellung, sucht sofort oder später dauernde Kondition. Beste Offerten erbeten an P. Kribbel, Zimenau, Rajen 41. [721

Für die vielen Gratulationen, welche uns anlässlich unserer am 29. März stattgehabten Silberhochzeit zuzugingen, allen werten Kollegen, Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. [726

Berlin, Franz-Josephstraße 9.

G. Schmidt und Frau.

Verlegt: E. Döblin, Berlin. — Verantwortl. Redakteur: L. Rezhäuser in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstraße 8. — Druck von Madelli & Hille in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

## Zigarren!

Ausser unserer nebenstehenden Spezialmarke Edelweiss à 4,50 Mk. empfehlen wir folgende beliebte Sorten:

Waldschöchen	2,50 Mk.
Barlo Tip Top	3,—
Brown, Bock-Façon	3,30
Casa Real	3,50
Hollandia, 12½ cm lang	3,75
La Costa	4,—
Felicla, besonders beliebt	4,50
El Imperio, Brasil	4,50
Gloria Mundi, bei den Lesern dieses Blattes gut eingeführt	5,—
El Puerto, Torpedo-Façon	5,—
Victoria, Regalia	6,—
Fin de siècle	6,—

Denjenigen Rauchern, die keinerlei Wert auf das Aeußere der Zigarren legen, sondern lediglich auf gute Qualität sehen, empfehlen wir folgende

### Ausschuss-Sorten

welche ca. 16% bis 25% billiger sind als dieselb. Marken in rein sortierten Farben:

Ausschuss S I . . . . . 3,80 Mk.

Ausschuss S II . . . . . 4,20

Ausschuss S III . . . . . 4,50

Ausschuss S IV . . . . . 5,—

Havana-Fohlfarben . . . . . 7,50

Ausführliche Preisliste franko.

Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 500 Stück an portofrei, den Lesern des Correspondenten bewilligen wir bei Bezugnahme auf dieses Blatt schon bei Entnahme von 100 Stück 5% Rabatt, sonst erst bei 1000 Stück. Nicht Zugendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück. [622

## Rauscher & Fabisch

Lieferanten zahlr. Beamtenvereine u. Militärkontinen. Berlin NW, Friedrichstraße 94, Fabrikgebäude I. Et.

Kein Ladengeschäft.

Edelweiss

100 Stück Mk. 4,50.

## als Anhänger

— verstellbar per Stück 70 Pfg.

portofrei.

H. Watermann, Pforzheim, Obere Au 14.

## Heil Gutenberg.

Zeit-Gymne für Männerchor von H. Ziele.

In Partiturstimmen à 20 Pf. (bei größeren Bezügen billiger). Zu beziehen von [725

H. Ziele, Weimar, Vertuchstr. 23.

Probestamp. gratis.

Probestamp. gratis.